

Offener Brief
an den Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg Winfried Kretschmann

Friedensappell:
Tragen Sie bitte zum Frieden im Land bei!
Genehmigen Sie keinen Polizeieinsatz für das Projekt „Stuttgart 21“,
bevor alle entscheidenden Fragen geklärt sind!

Stuttgart, 11.12.2011

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!
Lieber Herr Kretschmann!

ich schreibe Ihnen als Mitglied der Initiative „Theolog/innen gegen Stuttgart 21“. Wir haben im Dezember 2010 in unserer von inzwischen über 1200 ChristInnen unterzeichneten „Gemeinsamen Erklärung“ (www.s21-christen-sagen-nein.org/gemeinsame-erklarung-von-theologinnen/) unsere vielfältigen Bedenken gegen das Projekt „Stuttgart 21“ zum Ausdruck gebracht. Daran hat sich durch den Volksentscheid nichts geändert. Im Gegenteil.

Mit großer Sorge nehme ich die Vorbereitungen der Polizei auf den Abriss des Südflügels und die Fällung der Schlossgartenbäume wahr. Das ist zurzeit weder rechtlich angemessen noch politisch klug. Es wird die demokratische Kultur im Lande nachhaltig beschädigen und unabsehbare Folgen für den Frieden in der Stadt und im Land haben.

Ich bitte Sie dringend: Lassen Sie das nicht zu! **Tragen Sie zum Frieden im Lande bei!**

Sie wissen doch: **Die rechtliche Zukunft von S21 ist völlig ungewiss:**

- Das zentrale Interesse der Stadt Stuttgart an S21, dass die *Gleisanlagen des Kopfbahnhofs* abgebaut und das Gelände überbaut werden darf, ist gerichtlich noch völlig ungeklärt. Vielmehr muss damit gerechnet werden, dass mindestens ein Teil der Kopfbahnhofgleise bestehen bleiben muss.
- Ob die *Mischfinanzierung* von S21 durch Stadt, Land und Bahn verfassungsgemäß ist, muss noch gerichtlich überprüft werden.
- Für den Bau der *Grundwassermanagement*-Anlage besteht – nachdem die Wassernahmemenge mehr als verdoppelt werden soll – noch keine Genehmigung. Sie wurde dort illegal errichtet.
- Für den Abstell- und Wartungs-Bahnhof *Untertürkheim* ist das Planfeststellungsverfahren noch nicht abgeschlossen.
- Für die gesamten Anlagen auf der *Filder* ist ein Genehmigungsverfahren noch nicht einmal eingeleitet.
- Nicht zuletzt ist immer noch nicht geklärt, wer ggf. die (unbestreitbar entstehenden) über 4,5 Mrd. hinaus gehenden *Kosten* trägt.

In einer rechtlich derart offenen Situation – von den unverändert katastrophalen Mängeln des Projekts selbst ganz zu schweigen – **ohne Not ein Baurecht der Bahn mit massivem Polizeieinsatz durchzusetzen, dient auf keinen Fall dem Frieden**, sondern stellt eine unangemessene Verschärfung der ohnehin labilen Situation dar.

Denn auch der Volksentscheid hat ja keineswegs eine klare Mehrheit für den Weiterbau ergeben. Vielmehr hat sich landesweit fast die Hälfte der Abstimmenden *dagegen* ausgesprochen.

Und das, obwohl der **Volksentscheid eben gerade *kein* Beispiel für gelungene Demokratie** war. Vielmehr werden auch Sie sagen müssen: So etwas darf nie wieder vorkommen:

- dass ein Volksentscheid mit Millionenbeträgen aus der *Wirtschaft* beeinflusst wird,
- dass in unglaublichem Umfang *öffentliche Körperschaften* (Rathäuser, Gemeinderäte, Landratsämter, Regionalparlamente) mit einseitigen und falschen Darstellungen Einfluss auf die Abstimmung nehmen,
- dass selbst von staatlicher Seite aus eine *Lüge* zum Hauptargument der Abstimmung erhoben wird (die Behauptung, die Ausstiegskosten betrügen für den Steuerzahler 1,5 Milliarden).

Deshalb fordere ich Sie so dringend wie herzlich auf, **die Durchsetzung des Baurechts der Bahn zu verschieben, bis alle erforderlichen Fragen gerichtsfest geklärt sind – zumindest aber, bis mit rechtsgültiger Unterschrift die Frage der Übernahme von Mehrkosten definitiv geregelt ist.**

Das Baurecht – zumal, wenn es nur zu einem kleinen Teil überhaupt besteht – ist nicht das höchste Recht eines Landes, dem sich alle andern Rechte unterzuordnen hätten (z.B. das des Landes auf Kostenklarheit und -wahrheit). Zumindest hat es zurück zu stehen, wenn es nicht auf für einen demokratischen Rechtsstaat angemessene Weise durchzusetzen ist. Und das ist in der aktuellen Situation nicht gegeben. Eine Landesregierung hat auch eine Verantwortung für den Frieden im Land. Nehmen Sie bitte diese Verantwortung wahr!

Mit freundlichen Grüßen

Martin Poguntke

Dattelweg 51a
70619 Stuttgart
Tel.: 0711/76 16 05 18
Mail: martin.poguntke@online.de

PS: Dieser Brief wird mit unterstützt von:

Friedrich Gehring, Michael Harr, Dieter Hemminger, Annette Keimburg, Gunther Leibbrand, Guntrun Müller-Enßlin, Wolfgang Schiegg, Martin Schmid-Keimburg, Dorothea Ziesenhenn-Harr.

Er geht an einen breiten Presseverteiler und an verschiedene Internetseiten.